Interview. Der ukrainische Oligarch Dmitri Firtasch will das Volk in einem Referendum über einen Nato-Beitritt entscheiden lassen und warnt vor einer russischen Annexion des Donbass. Mit einem Krieg rechnet er nicht.

„Neutralität ist einzig richtiger Weg für Ukraine“

VON CHRISTIAN ULTSCH

Wien. Seit acht Jahren sitzt der ukrainische Oligarch Dmitri Firtasch (56) in seinem goldenen Wiener Käfig fest. Er kann nicht reisen. Gegen ihn ist ein US-Haftbefehl aufrecht. Als Kaution hat er 125 Millionen Euro hinterlegt. Immer noch bekämpft der Multimilliardär mit allen rechtlichen Mitteln seine Auslieferung in die USA.

Die Staatsanwaltschaft in Chicago wirft ihm vor, sich 2006 zu einer Bestechung indischer Beamter für Titan-Konzessionen verabredet zu haben. Von einem Innenstadtpalais aus steuert Firtasch sein Imperium, seine TV-Sender, seine Geschäfte mit Gas, Dünger und Titan. Den Zenit seiner politischen Macht hat der umstrittene Geschäftsmann 2014 nach dem Fall von Präsident Janukowitsch überschritten. Doch er ist immer noch gut verdrahtet nach Kiew – vermutlich auch nach Moskau.

Dmitri Firtasch beim Interview in seinem Wiener Büro: „Ich war nie der Mann Russlands in der Ukraine.“ [Clemens Fabry]

Die Presse: Russland hat mehr als 100.000 Soldaten an der Grenze zur Ukraine zusammengezogen. Rechnen Sie mit einem Krieg?
Dmitri Firtasch: Ich bin kein Hellseher, aber ich persönlich glaube nicht, dass es zu einem Krieg kommt. Denn ich sehe keinen einzigen Grund, warum Russland diesen Krieg wollen sollte.

Warum hat Russlands Präsident Putin dann so viele Truppen aufmarschieren lassen?
Schauen Sie, es ist ein großes geopolitisches Spiel zwischen Russland, den USA und China im Gang. Die Welt wird neu aufgeteilt. Die Ukraine steht auf dem Speisezettel, aber uns ist nicht gestattet, am Tisch zu sitzen. Warum sollte die Ukraine eine Bedrohung für Russland sein?

Das verstehe ich auch nicht. Was will Putin?
Putin will keine Militärbasen in der Ukraine, die eine Gefahr für Russland darstellen können. Und er besteht darauf, dass wir nicht der Nato beitreten.

Das ist eine Phantomdiskussion. Die Nato will die Ukraine derzeit doch gar nicht aufnehmen.
Stimmt, die Nato wartet nicht auf uns. Andererseits ließ der damalige Präsident Poroschenko 2019 per Parlamentsbeschluss in der Verfassung festschreiben, dass es Ziel der Ukraine sei, der Nato beizutreten.

Halten Sie das für einen Fehler?
Poroschenko hätte vorher das Volk fragen sollen. Die Ukrainer sollten ein Referendum abhalten, ob sie der Nato beitreten wollen oder nicht. Für mich ist Österreich ein Vorbild. Österreich erklärte sich für neutral, um das Ende der Besatzung zu erreichen.

Für Sie wäre die Neutralität die Lösung der Krise?
Ich schlug schon 2014 eine Austrifizierung der Ukraine vor. Aber wie sagte Sigmund Freud? Die Stimme der Vernunft ist leise. Ich bin überzeugt: Die Neutralität ist der einzig richtige Weg für die Ukraine. Aber wir müssten Sicherheitsgarantien erhalten. Zugleich sollten wir Putins Forderung ernst nehmen, keine ausländischen Militärbasen und Waffen zu haben.

Warum? Offensichtlich bedroht Russland die Ukraine. Deshalb bittet Kiew um Militärhilfe.
Eine der stärksten Armeen der Welt steht an unserer Grenze, und was erhalten wir als Militärhilfe aus Deutschland? Secondhand-Helme. Das ist ein Witz. Wir müssen selbst eine schlagkräftige Armee aufbauen. Das ist unsere einzige Versicherung gegen eine Invasion. Die Ukraine muss sich selbst verteidigen können. Ein polnischer Freund sagte scherzhaft zu mir, die Amerikaner würden die Ukraine bis zum letzten Ukrainer verteidigen. Das klingt lustig, aber auch nur, wenn man kein Ukrainer ist.

Würde Putin die Neutralität der Ukraine akzeptieren?
Ich denke schon. Welche Alternative hat er? Russland hat seine Wirtschaft umstrukturiert und die Zusammenarbeit mit China ausgebaut. Russland will aber Europa sicher nicht verlieren und sich komplett China ausliefern.

Neutralität schön und gut, aber wie wollen Sie das Krim-Problem lösen?
Das ist die schwierigste Frage. Weder die Nato noch die Neutralität lösen dieses Problem. Russland glaubt, die Krim ist nun sein Territorium. Aber für uns ist die Krim natürlich weiterhin Teil der Ukraine. Darüber gibt es nichts zu diskutieren. Jetzt sollten wir uns besser darauf konzentrieren, dass der Donbass nicht Teil Russlands wird.

Befürchten Sie, dass Russland die Ostukraine annektiert?
Russland könnte die sogenannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk anerkennen oder sich gleich ganz einverleiben. Wir müssen deshalb das Minsk-Abkommen umsetzen, um die Grenze zu Russland zu schließen, egal, wie viel Autonomie das Gebiet nun erhält. Es ist mir schon klar, dass bei den von Russland forcierten Lokalwahlen im Donbass Leute gewinnen werden, die wir nicht mögen. Aber am wichtigsten ist es jetzt, den Krieg zu stoppen und ukrainisches Territorium zurückzuerhalten.

Während Ihrer Abwesenheit hat sich in Ihrer Heimat viel verändert. Die Ukraine ist seit der Krim-Annexion und der Destabilisierung des Donbass deutlich antirussischer geworden . . .
Medien haben Russland in den vergangenen acht Jahren als Feind dargestellt. Das hat definitiv Einstellungen verändert. Ich finde: Man kann sich seine Nachbarn nicht aussuchen. Wir brauchen eine vernünftige Basis für eine Koexistenz mit Russland.

Wie groß ist Ihr politischer Einfluss in der Ukraine noch?
Was meinen Sie damit?

Sie haben 2010 (den vier Jahre später gestürzten) Viktor Janukowitsch bei der Präsidentenwahl unterstützt, viele Parlamentarier haben auf Sie gehört. Wie weit reicht Ihr Arm heute?
Obwohl ich seit acht Jahren in Österreich lebe, beschäftige ich mich 24 Stunden am Tag mit der Ukraine. Mein Geschäft ist in der Ukraine, meine Mutter ist in der Ukraine. Das ist meine Heimat. In meinem Konzern arbeiten Zehntausende Menschen, 95 Prozent davon in der Ukraine. Natürlich sind wir laufend im Austausch mit Politikern und Parlamentariern, mit der Regierung, lokalen Behörden und mit der Präsidentschaftskanzlei.

Poroschenko war vor ein paar Jahren bei Ihnen in Wien. Sie pflegten gute Kontakte zu ihm. Wie sieht Ihr Verhältnis zu Wolodymyr Selenskij aus?
Er ist der Präsident der Ukraine, und ich bin ein Geschäftsmann. Ich habe ihn schon lang vor seiner Wahl kennengelernt. Seither hatte ich keine persönlichen Begegnung mit ihm.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie gut auf ihn zu sprechen sind. Er hat im Sommer Sanktionen gegen Sie verhängen lassen, weil Ihre Firmen den russischen Militärkomplex mit Titanprodukten beliefert haben sollen.
Ich würde nicht sagen, dass ich einen besonderen Konflikt mit ihm hätte. Die Sanktionen sind auf ausländische Nachrichtendienste zurückzuführen. Sie haben ein Dokument mit Vorwürfen gegen mich auf den Tisch des Präsidenten gelegt. Es hat nie eine meiner Firmen Titanprodukte an den russischen Militärkomplex geliefert. Das Geschäft wickelte ein ukrainischer Staatsbetrieb ab, wie das damalige Management bestätigt hat.

Und Sie glauben, die Amerikaner stecken hinter den ukrainischen Sanktionen gegen Sie?
Ich habe keine Beweise dafür, aber ich vermute es.

Warum sind die Amerikaner hinter Ihnen her? Weil Sie Russlands Mann in der Ukraine sind?
Ich war nie der Mann Russlands in der Ukraine. Ich lehne es ab, als prorussisch bezeichnet zu werden. Das ist doch politisches Blabla. Ich habe Gas in die Ukraine geliefert . . ..

Zu auffällig günstigen Bedingungen.
Im Vergleich zu heute war das fast Gratisgas. Hätte Ex-Ministerpräsidentin Julia Timoschenko diesen Vertrag nicht aufgekündigt, würde die Ukraine bis 2027 zum Preis von 179 Dollar für 1000 Kubikmeter beziehen. Wenn der Preis wie jetzt bei 2000 Euro liegt, müssen in der Ukraine 80 Prozent der Fabriken geschlossen bleiben.

Europa erwägt Sanktionen gegen die Pipeline Nord Stream 2. Was halten Sie von dem Projekt?
Für die Ukraine ist das Projekt wirklich schlecht. Die vier Milliarden Dollar Transitgebühr für Gas werden nicht mehr da sein. Europas Position ist nicht homogen. Doch die Ukraine kann Deutschland und Österreich nicht zwingen, deren eigene Interessen aufzugeben. Meiner Meinung nach ist es zu spät, Nord Stream 2 mit Sanktionen zu belegen. Auch wenn die Pipeline nicht in Betrieb geht, hat Russland bereits jetzt drei bis vier Möglichkeiten, seine Lieferverpflichtungen gegenüber Europa zu erfüllen und die Ukraine zu umgehen. Das Gas strömt – in geringerem Ausmaß als früher – nur noch deshalb durch die Ukraine, weil die Deutschen Russland darum bitten. Die Ukraine hat diesen Wirtschaftskrieg bereits verloren. Nord Stream 2 hat aber auch einen positiven Effekt.

Welchen?
Es eröffnet sich eine fantastische Gelegenheit für die Ukraine. Den alten Kontrakt hatten wir nur mit einem Land: der Russischen Föderation. Wir waren ein Transitland, sonst gar nichts. Jetzt haben wir die Freiheit, mit den größten Untergrundspeichern des Kontinents der Sicherheitshub für Gas in Europa zu werden. Die Ukraine könnte sogar zu einem der größten Gashändler werden. Das war vorher nicht möglich. Jetzt können wir unser Gas kaufen, von wem wir wollen.

Sie kämpfen hier in Wien seit acht Jahren gegen Ihre Auslieferung in die USA. Was ist der Stand des Verfahrens?
Meine Anwälte haben mir verboten, über den Fall zu reden.

Sie hören auf Ihre Anwälte.
Leider muss ich das. Ich bezahle sie, also sollte ich wohl auch auf sie hören.

Kreml verbietet Deutsche Welle

Russland-Krise. US-Truppenbewegungen sorgen für Ärger, Gespräche laufen weiter.

Moskau. Die Retourkutsche folgte prompt. Nachdem die Medienanstalt Berlin-Brandenburg dem russischen Staatssender Russia Today am Mittwoch wegen einer fehlenden Sendelizenz die Ausstrahlung untersagt hatte, antwortete der Kreml am Donnerstag: Russland verbietet den deutschen Auslandsrundfunk Deutsche Welle.

Das Büro in Moskau wird geschlossen, die in Russland arbeitenden Journalisten verlieren ihre Akkreditierungen. Das russische Außenministerium teilte außerdem mit, es werde ein Verfahren eingeleitet, um die Deutsche Welle als „ausländischen Agenten“ einzustufen. Die Probleme rund um die fehlende Sendelizenz von Russia Today überschatteten bereits den Besuch der deutschen Außenministerin, Annalena Baerbock, in Moskau. Der russische Staatssender war in EU-Ländern mit seinem Wunsch nach einer Lizenz abgeblitzt – und bekam sie schließlich in Serbien. Da der Sender seine Redaktion aber in Berlin habe, sahen die Behörden einen Verstoß.

Scholz plant Moskau-Reise

Auch die am Mittwoch verkündete Verlegung von 3000 US-Truppen nach Osteuropa sorgte – wenig überraschend – für Empörung im Kreml. Es handle sich um Schritte, mit denen die Spannungen weiter erhöht würden, sagte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow. Auch Frankreich hat angekündigt, Truppen nach Rumänien zu verlegen.

Unterdessen gehen die diplomatischen Bemühungen weiter: Der türkische Präsident, Recep Tayyip Erdoğan, traf in Kiew auf seinen ukrainischen Counterpart, Wolodymyr Selenskij. Auch das französische Staatsoberhaupt, Emmanuel Macron, will weiter vermitteln. Der deutsche Bundeskanzler, Olaf Scholz, kündigte an, nach Moskau zu reisen. Einen Termin nannte er nicht. (zot)